

verbunden mit dem „**Amtlichen Kreisblatt**“ für den Unterlahnkreis.

Pr. 36

Diez, Mittwoch den 12. Februar 1919.

25. Jahrgang.

Geistliche Nachrichten.

Sommerzeit vom 2. März ab.

Paris, 11. Febr. Die Regierung hat beschlossen, daß für das Jahr 1919 die Sommerzeit ebenso einführt werden soll wie in den vorhergehenden Jahren. Die Uhren werden in der Nacht vom 1. zum 2. März 1 Stunde vorgezogen. Die normale Zeit beginnt dann wieder am 5. Oktober. Es wird die Frage geprüft, ob dieses System auch für die Friedenszeit beibehalten werden soll. Die Regierung hat eine Kommission zur Beratung hierfür eingesetzt.

Paris — Brüssel in 2 Stunden 20 Minuten.

Paris, 11. Febr. Am Montag hat ein Postflugzeug mit 8 Passagieren in 2 Stunden 20 Minuten die Reise Paris-Briisfil gemacht. Dieser Apparat hat eine Breite von 25 Metern; 8 Passagiere können darin bequem in Sesseln sitzen. Er kann 160 Kilometer in der Stunde zurücklegen und 960 Kilometer fliegen, ohne zu landen. Das Postflugzeug wurde von einem kleineren Aeroplan begleitet, der am selben Tage allein zurückkehrte.

Geert provisorischer Reichspräsident.

Leimar, 11. Febr. Die Rationalversammlung wählte Ebert mit 277 Stimmen zum provisorischen Reichspräsidenten. 51 Abgeordnete enthielten sich der Abstimmung. Bismarck erhielt 49 Stimmen, 2 zerplittet. Ebert erklärte, die Wahl anzunehmen.

Verlängerung des Waffenstillstandes.

Die neuen Forderungen.
Berlin, 10. Febr. Laut neuer Korrespondenz fordern die neuen Waffenstillstandsbedingungen des Verlandes die Verabreichung der deutschen Armee auf 25 Divisionen. Nach derselben Korrespondenz soll sogar die Ablieferung der gesamten Weizen- und Roggen-Verladerie verlangt werden. Doch klingt der letztere Punkt sehr unwahrscheinlich.

Der Oberste Kriegsrath wird sich nach einer Pariser Meldung Reuters morgen mit der Blockadefrage beschäftigen. Wichon erklärte, daß die Frage der Weichung weitrer deutschen Gebietes noch nicht entschieden sei. Die polnische Delegation verlagerte während des Kriegsrathes der Allirten, daß bei der Erneuerung des Waffenstillstandes den Deutschen auf das entscheidendste verboten werde, militärische Operationen gegen die Polen in der Provinz Posen zu unternehmen. Weiterhin soll Deutschland gezwungen werden, den Polen die Erlaubnis zu geben, die Eisenbahn von Danzig nach Warschau für die Transporte von Truppen und Munition zu benutzen, damit die Truppen des Generals Haller ohne Schwierigkeit zu den Polen geschafft werden könnten.

Die Rationalversammlung.

III. Weimar, 10. Febr. Kurz nach 3 Uhr eröffnet
Präsident Dr. David die Sitzung. Zur Verantw. steht die
zweite und gegebenenfalls dritte Lesung des Entwurfs eines
Gesetzes über die vorläufige Reichsgewalt.

Zur 2. Lesung ist eine Reihe von Anträgen eingegangen, die vertiesen werden. Es handelt sich um Anträge der Deutschnationalen Volkspartei (Arnstadt und Gen.) und der Unabhängigen Sozialdemokraten (Frau Hanes und Gen.)

Vollbeauftragter Ebert: Das Gesetz hat in allen
seinen Theilen nur provisorischen Charakter und preist der
endgültigen Regelung der Dinge nicht vor.

abg. 1886 (Soy.): Namens meiner Partei habe ich folgende Erklärung abgegeben: Die sozialdemokratische Faktion ist von der Notwendigkeit einer solchen Verabsichtigung des Gesetzes über die vorläufige Reichsgewalt durchdrungen. Diese Notwendigkeit ist begründet durch die äussere und die innere Politik. Es bedarf der Schaffung einer vom ganzen Volke zugewiesenen vorläufigen Reichsordnung, eheimal im Hinblick darauf, daß der Waffenstillstand mit dem Verbände, der am 16. ds. Mts. abläuft, verlängert werden muß, sowie daß in kurzer Zeit die Friedensverhandlungen beginnen müssen, ferner weil es gilt, den Grund zum demofokratischen Aufbau unseres Landes unverzüglich zu legen. Wir stimmen dem Entwurf zu, verwehren uns aber dagegen, daß aus unserer Haltung Schlüsse auf unsere Stellung in der Zukunft gezogen werden.

Abg. von Bayer (D. Dem.): Namens der Fraktion der Deutschen Demokratischen Volkspartei hab' ich folgende Erklärung abzugeben: Das deutsche Volk hat die ihm zustehende Souveränität ausgeübt durch die Wahlen zur Nationalversammlung und diese mit der weiteren Ausübung der Souveränität beauftragt. Die Nationalversammlung hat diesem Auftrag sofort nachzukommen. Sie hat ein Verdict an Arbeitswillen zu geben. Darum soll ihr A: den zum Handeln werden. Sie muß eine vorfassungsmäßige Regierung bilden. Die Voraussetzung und Grundlage der Regie-

ringesgezwungen muß, zumal in der Demokratie und in der Republik, die Verfassung sein. Da aber für dieses große Hauptwerk die Herstellung gesetzmäßiger Regierungen im Reich wie in den Einzelstaaten unentbehrlich ist, müssen wir vorweg eine Vorverfassung schaffen. Dann erst und nicht heute wird auch der Tag gekommen sein, an dem wir endlich und in aller Ruhe an die Prüfung der Fragen, über die die Meinungen heute noch weit auseinandergehen können und müssen, herantreten können, nämlich wie zum Heile des Ganzen die überragenden Forderungen der Reichseinheit mit der Rücksicht auf das historisch Gewordene, auf die Eigenart der deutschen Stämme und auf die verschiedenen Anschauungen über straffere oder lockere Zusammensetzung der einzelnen Kräfte unseres Volkslebens am besten vereinigt werden können. Verständigung und christlicher Wille, dem Vaterlande zu dienen, werden uns auch eine endgültige Verfassung schaffen, die uns zusammenhalten, die uns Bewegungsfreiheit im Innern geben und gegen außen uns die Stellung in der Welt verbürgen soll, die uns gebührt und die uns endgültig niemand vorenthalten kann. (Beifall.) Meine Freunde werden sich losreißen für die Vorlage und ihre sofortige Durchberatung in zweiter und dritter Lesung stimmen. (Lebhafter Beifall bei den Demokraten.)

Hsg. Dr. Heim (Bayer. Sp.): Im Auftrage meiner Freunde von der Bayerischen Volkspartei habe ich folgende Erklärung abzugeben: Nach den §§ 1 und 4 des gegenwärtigen Gehektentwurfes soll die Deutsche Nationalversammlung eine Blankovollmacht zur Beschließung der künftigen Reichsverfassung erhalten. Die in dem Entwurf vorgesehene Ermächtigung geht sogar so weit, daß der Nationalversammlung die Beisetzung einzelner oder aller Bundesstaaten und die Schaffung der deutschen Einheitsrepublik durch die Deutsche Nationalversammlung möglich gemacht wird. Diese Wege können die Mitglieder der Bayerischen Volkspartei in der Deutschen Nationalversammlung nicht mitmachen. Wir hegen noch, wie vor, die Hoffnung, daß es bei Schaffung der endgültigen Verfassung gelingt, durch unsere Mitarbeit den Berechtigten Wünschen unseres engeren Heimatlandes Geltung zu verschaffen.

Herrn Dr. von Delbrück (Deutschnat. Vp.) Gegen den vorliegenden Gesetzentwurf bestehen bei meinen politischen Freunden die schärfsten grundsätzlichen Bedenken. Auch seine gesetztechnische Gestaltung ist so wenig einwandfrei, daß unter normalen Verhältnissen seine Verabschiedung ohne Kommissionsberatung ausgeschlossen sein würde. (Sehr richtig! rechts.) Wir erkennen aber nicht, daß wir uns in einem Nothstand befinden und daß nicht nur die innere Lage, sondern ganz besonders der Ablauf des Waffenstillstandes und das Bevorstehen der Friedensverhandlungen eine schnelle Verabschiedung des Entwurfes gebieterisch erfordern. (Zustimmung.) Wir erkennen auch nicht, daß die Vorlage nur eine vorübergehende und nicht eine endgültige Regelung unserer Verfassung bewirkt. Unter diesen Umständen werden wir wenigstens auf eine Ausfußbereitung verzichten, um die Verabschiedung möglichst zu beschleunigen. Wir glauben auch, daß das Ansehen der neuzubildenden Regierung dem feindlichen Auslande gegenüber eine besondere Stärkung erfahren würde, wenn es gelingt, diese Vorlage nicht nur schnell, sondern auch möglichst einstimmig zu verabschieden. (Lebhafter Zustimmung.) Wir werden unter Zurechtstellung unserer grundsätzlichen schweren Bedenken für die Vorlage stimmen, wenn ihr vorläufiger Charakter in allen ihren Theilen zweifelsfrei festgestellt würde. Wir sind von der Ueberzeugung durchdrungen, daß in der ungeheuren Noth dieser Zeit mehr als je der Grundfatz gelten muß: Das Vaterland steht über der Partei. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Dr. Heintze (Deutsche Volksp.): Wir haben tech-
nisch und juristisch erhebliche Bedenken gegen den vor-
liegenden Gesetzentwurf, lassen die Bedenken aber aus po-
litischen Gesichtspunkten zurücktreten. Wir wünschen, daß
alsbald eine gesetzliche Gewalt in Deutschland zustande kommt
und sehen mit Rücksicht auf die äußere und die innere Lage
von allen Anträgen ab. Die heutigen geschehenen Zustände
müssen sobald wie möglich verschwinden. Wir hoffen, daß
nach der Verabschiedung dieser Gesetzordnung und
Sicherheit im Lande gefördert werden und daß jeder
Warn in Deutschland die vorläufige Verfassung achtet.
Für die endgültige Verfassung behalten wir uns unsere Stel-
lungnahme auch nach allen Richtungen vor. Für den vor-
liegenden Entwurf werden wir stimmen. (Beifall.)

Abg. Dr. Cohn-Nordhausen (Unabhängiger): In der heutigen Phase der revolutionären Entwicklung muß Rücksicht und Umschau gehalten werden. Nur um eine Atempause kann es sich handeln, denn wir stehen noch lange nicht am Ende der Revolution. Niemand von uns weiß, ob und wann dieser provisorischen Verfassung eine endgültige folgen wird. Ich bin überzeugt, dieser Entwurf rührt nicht her von einem der neuen Herren, die durch die neue Entwicklung an die Spitze gebracht worden sind, sondern von irgend einem der brauchbaren Herren aus dem früheren Reichthum des Innern. Wir haben die Monarchie ein für allemal genug un-

möchten sie nicht auf dem Umwege einer republikanischen Monarchie wieder einführen.

Abg. Bröber (Zentrum): Die Ausführungen des Vortragners geben mir keinen Anlaß zu entgegnen. (Sehr gut!) Für uns ist im Augenblick das Wichtigste, den Übergang von der Revolution zu einer Rechtsordnung möglichst zu beschleunigen. Angesichts dieser Aufgabe müssen alle anderen Bedenken zurückgestellt werden. Sie können auch angesichts der Erklärungen des Vertreters der Süddeutschen Regierungen und des Vertreters der Reichsregierung zurückgestellt werden. Die Zentrumsparlei wird in ihrer großen Mehrheit für die Vorlage stimmen. Dabei müssen wir uns selbstverständlich unsere Stellungnahme zu den Einzelheiten der endgültigen Verfassung vorbehalten. Wir betrachten die Annahme des vorliegenden Gesetzentwurfes als notwendige Vorbedingung für Frieden und Brot. (Beifall.) Damit schließt die Beratung über § 1.

Die vorläufige Reichsverfassung wird in dritter Lesung angenommen.

Die Regierung Ebert-Scheidemann ließ durch den Mund Scheidemanns erklären, daß sie das von der Revolution erhaltene Mandat in die Hände der Nationalversammlung zurücklege. Es empfahl einer vorher getroffenen Vereinbarung, wenn der Abgeordnete von Pader die provisorische Regierung ersuchte, die Geschäfte weiterzuführen, bis der Reichspräsident gewählt und ein Reichsministerium gebildet sei.

In der Spezialdiskussion bemerkt zu § 6 der Volksbeauftragte Dr. Landsberg: Um eine Zengendenbildung zu verhüten, stelle ich fest: Wir haben vorhin einen Antrag Agnes und Genossen auf Offenlegung aller Verträge abgelehnt. Damit ist keine Feindschaft gegen die populäre und durchaus berechtigte Forderung der Abschaffung jeder Geheimdiplomatie zum Ausdruck gebracht. (Widerspruch bei den U.-Soz.) Die Reichsleitung steht durchaus auf dem Standpunkt, daß die Tage der Geheimdiplomatie gezählt sein müssen. Aber wenn wir uns jetzt einseitig die Verpflichtung auferlegen, alle Verträge vorher Veröffentlichung abzuschießen, so würden wir damit unser Ziel, die allgemeine Abschaffung der Geheimdiplomatie, geradezu gefährden.

Abg. Dernburg (Dem.): Wir sind gegen jede Geheimdiplomatie aber wir können doch in die Lage kommen, einen Vertrag abzulehnen zu müssen, weil wir ihn veröffentlichen müssen, die andere Seite dies aber nicht wünscht. Das sind doch Wirklichkeiten. Mit dem Inkrafttreten des Völkerbundes fallen Geheimverträge von selbst fort. Heute geht das aber noch nicht. Durch die Anknüpfung unseres Landes, die hier durch die Unabhängigen versucht wurde, indem wir angeblich einer faulen Geheimdiplomatie das Wort redeten, wird dem Völkerbund wahrlich nicht gedient. (Zustimmung.)

Wie es in Moskau aussieht.

Ueber die „Regierungsmethoden“ der russischen Völsche wissen und über die in Rußland zur Entwicklung gelangten unbeschränkten Lebensverhältnisse geht der Rdn. B. der Bericht einer Deputation zu, der es gelungen ist, gegen Mitte Januar d. Z. aus Wostan zu fliehen und nach Deutschland zurückzukehren. Der Bericht listet auch mehr als die bisher bekannt gewordenen den Schleiher von den traurigen Handlangerdiensten, welche deutsche Kriegsgefangene unter der Firma eines „Deutschen Soldatenrats“ in Wostan der russischen Vöbelherrschaft leisten. Gefreulich ist der zum Schluß des Berichts zum Ausdruck kommende Optimismus, wonach der russische Völscheismus noch im laufenden Jahr seinen Untergang zu erwarten hätte. Der Bericht lautet:

Zwei Familien meiner Bekanntschaft hielten in den letzten Wochen nur von Kartoffelschalen gelebt, was zur Folge hatte, daß eine der Frauen schwer an Hungertypus erkrankte, und daß eine Schwester von ihr schon seit Monaten an Schwindsucht daniederliegt. Die russische Regierung erpreßt bei allen Leuten große Geldbeträge und macht den meisten Menschen das Leben dort unmöglich. So z. B. bezahlte mein Verwandter vor dem Kriege für seine Wohnung jährlich 1800 Rubel, und da nach dem russischen Gesetz jetzt alle Häuser und Wohnungen dem russischen Staat gehören, so werden auch die Mieten, selbst bei eizigen Häusern, vom Staat eingezogen. Der Friedensmietpreis der genannten Wohnung von 1800 Rubel wurde im Mai 1918 auf 2400 Rubel, kurz darauf aber auf 9000 Rubel im Jahr erhöht. Wer die Miete nicht bezahlt oder nicht bezahlen kann, wird hinausgeworfen, muß aber die ganze Einrichtung, einschließlich Kleider und Wäsche, dort lassen. Außerdem ist keinem Bürger Moskaus erlaubt, aus einem Polizeirevier ins andere zu ziehen. In der Wohnung eines anderen Deutschen sind zwangsweise ein Schuster mit Frau, ein Tischler mit Frau und zwei Männer eingewirtet worden.

Sobald in Moskau die Mitteilung von der Revolution in Deutschland eintraf, hat sich dort ein Moskauer deutscher Soldatenrat gebildet, der mit Gewalt in das Generalkonsulat einrang. Das Personal wurde in zwei

immer getrieben, wo Verhöre angestellt wurden. Die ersten Beamten, einschließlich Konsul und Vizekonsul, wurden als abgesetzt erklärt; es wurde dann dafür Sorge getragen, daß die deutschen Beamten des deutschen Generalkonsulats nach Deutschland geschickt wurden. Der Moskauer deutsche Soldatenrat besteht heute noch weiter und sorgt für den Abtransport der deutschen Soldaten, die sich in Moskau haben durchschlagen können und gern in ihre Heimat wollen. Ein Teil der Soldaten bleibt aber in Moskau und beteiligt sich dort an den bolschewistischen Machenschaften. Der Moskauer deutsche Soldatenrat kontrollierte alle diejenigen Wohnungen, die Deutschen gehörten und unter dem Schutze des Deutschen Reiches standen, und suchte namentlich Wein. In der Wohnung eines der vorhin erwähnten Herren haben sie die Weinvorräte mit Beschlag belegt und diese ins Generalkonsulat, allerdings gegen Quittung, hingebracht. Sie erklärten einfach, daß die Wohnungen, die unter deutschem Schutz ständen, auch keinen Wein halten dürften, ebenso wenig wie Waffen und Munition, und daß aus diesem Grunde die Beschlagnahme vorgenommen würde. In Wirklichkeit dürfte es sich aber nur um Raub handeln.

Die Hungersnot in Moskau selbst ist ganz entsetzlich und im Zusammenhang hiermit die Teuerung. Die Lebensmittelbeschaffung ist äußerst schwierig. Man bekommt nur ganz geringe Mengen und diese zu folgenden Preisen: Ein Pud Mehl (= 16,3 Kilogramm) 630 bis 700 Rubel, ein Pfund Butter = 410 Gramm 100 bis 120 Rubel, ein Pud Kartoffeln 80 bis 100 Rubel, Milch, eine kleine Flasche, 1 1/2 Glas, 8 Rubel, früher 5 Kopeken, eine Schachtel Streichhölzer 2 Rubel, ein Pfund Seife 12 Rubel, ein Pfund Kaffee 60 bis 70 Rubel, ein Pfund Tee 120 Rubel, ein Huhn 100 bis 110 Rubel, ein Pfund Zucker 80 Rubel, ein Pfund Reis 16 bis 20 Rubel, ein Faden Holz, der früher 8 bis 12 Rubel, je nach Beschaffenheit kostete, ist heute nicht unter 250 Rubel zu erhalten. Die kürzeste Fahrt mit der elektrischen Straßenbahn kostet jetzt, statt der früheren 5 Kopeken, 1,20 Rubel, eine größere Fahrt 1,80 Rubel. Sämtliche Kleinverkaufläden sind nationalisiert worden, und die Gegenstände werden in erster Linie an Mitglieder der Roten Garde und an deren Familien verkauft. In den Hauptstraßen sind so gut wie keine Auslagen mehr vorhanden, und ein großer Teil der Geschäfte ist geschlossen, da eben keine Vorräte mehr da sind. Der Haß gegen die Bolschewiken wird immer größer, und man erwartet den Ausbruch von Pogromen, wie sie die Welt noch nie gesehen hat. Allgemein erwartet man in Moskau, daß die Herrschaft der Bolschewiken in diesem Jahre ihr Ende erreichen wird, zumal die Bauernablieferung bis zum äußersten aufgebracht ist. Versorgen die Verbandsmächte die Bevölkerung mit Waffen und Munition, so ist der Umsturz und die vollständige Ausrückung des Bolschewikentums in Rußland in diesem Jahre zu erwarten.

Deutschland.

D 4 1/2 Milliarden jährlich für Kriegsbeschädigte. Auf rund 4 1/2 Milliarden wird man die jährliche Rentenbelastung des deutschen Reiches durch die Kriegsjahre für Kriegsbeschädigte, Kriegshinterbliebene usw. einschätzen können. Es ist eine gewaltige Anforderung, die an die Leistungsfähigkeit des Reichs für lange Jahre gestellt wird. Wir wollen im Interesse der Kriegsbeschädigten hoffen, daß das Reich diese Last dauernd auf sich nehmen kann. Die Möglichkeit der Durchführung zu schaffen, ist heilige Pflicht aller Berufsstände, jedes Einzelnen. Die Wunden des Krieges müssen geheilt werden, aber nur die äußerste Kraftanstrengung des Reichs, die engste Zusammenarbeit aller Kriegsbeschädigtenorganisationen, das Vertrauen des einen zu dem andern können die Not lindern. Unser Vaterland liegt in Trümmern, aber die Wunden der einzelnen Existenzen dürfen nicht ungeheilt bleiben!

D Der Hungertod in Deutschland. Es hat sich das erschreckende Resultat ergeben, daß mehr als 500 000 Todesfälle allein auf die Lebensmittelknappheit in wäh-

rend des Krieges zurückzuführen sind. Die Feststellungen sind mit der größten Vorsicht getroffen worden, und die Gesamtsumme ist eher zu klein als zu groß.

D Teuerungszulage für Hinterbliebenenrenten. Vor kurzem haben die Militärrentenempfänger eine einmalige Teuerungszulage erhalten. — Nunmehr soll auch den Hinterbliebenen von Militärpersonen der Unterklassen eine solche Teuerungszulage gewährt werden, indem ihnen beim Empfang der für Februar 1919 zustehenden gesetzlichen Versorgungsgeldbeträge, Zuschläge zur Kriegsversorgung, laufenden Zulagen und laufenden Unterhaltungen statt des einfachen Monatsbetrages der 1/2fache Monatsbetrag ausgezahlt werden wird. Zu den vorbezeichneten Hinterbliebenen zählen sämtliche Hinterbliebene von Militärpersonen der Unterklassen (Witwen, Waisen, Eltern, Stiefkinder, Stiefeltern, uneheliche Kinder usw.), denen auf Grund des Militär-Versorgungsgesetzes oder besonderer Verwaltungsvorschriften ein laufender Bezug aus Militärrenten zusteht.

Die preussische Landesversammlung.

Berlin, 10. Febr. Das preussische Staatsministerium wird am Donnerstag über den Termin der Einberufung der preussischen Landesversammlung Bescheid wissen. Man rechnet mit einer kurzen Tagung vor Ostern zur Erledigung dringender Dinge. Nach Ostern wird sich die Tagung bis in den Sommer hinziehen. Der Entwurf einer neuen Kreisordnung ist im Ministerium fertiggestellt und geht zu gegebener Zeit der Landesversammlung zu.

Gegen Gemeinde-Neuwahlen.

Auch der Rheinische Städtebund hat zur Frage des Gemeindevahlrechts Stellung genommen und an die preussische Regierung folgenden Protest gesandt:

Der Vorstand des Rheinischen Städtebundes, welcher 11 kreisangehörige Städte der Rheinprovinz bis zu 40 000 Einwohner umfaßt, schließt sich dem vom Rheinischen Städtebunde, vom Verband rheinisch-westfälischer Gemeinden und von verschiedenen rheinischen und westfälischen Städten erhobenen Einspruch gegen die Verordnung der preussischen Regierung vom 24. Januar 1919, betreffend Auflösung und Neuwahl der Gemeindevertretung, in jeder Beziehung an. Auch der Rheinische Städtebund vermag diese Verordnung als gesetzlich nicht anzuerkennen, da nach seiner Ansicht solche einschneidenden und grundlegenden, die Interessen der bisher blühenden rheinischen Städte auf tiefste berührenden Bestimmungen über die an sich gebotene Neuordnung des Gemeindevahlrechts nur von der insoweit gewählten gesetzgebenden preussischen Landesversammlung nach gründlicher Durchberatung getroffen werden können, aber nicht in einer überstürzten Weise von einer vorläufigen Regierung. Der Vorstand fordert daher, daß die Verordnung wieder aufgehoben und der preussischen Landesversammlung ein neuer diesbezüglicher Gesetzesentwurf nach Anhörung der Städtevertretung unterbreitet wird.

Die Kosten der Revolution.

W. Weimar, 2. Febr. Die Deutschnationale Volkspartei hat u. a. folgende Anträge eingereicht: Die Nationalversammlung wolle beschließen: 1. einen aus allen Parteien gebildeten Ausschuss einzusetzen, der die bei der Revolution als Gesetz erlassenen Verordnungen zusammenstellen, zu prüfen und über ihre Rechtmäßigkeit, Zweckmäßigkeit und finanzielle Wirkung Bericht zu erstatten hat. 2. Einen ebensolchen Ausschuss einzusetzen, der festzustellen und zu prüfen hat, welche Vorräte an Nahrungsmitteln, Bedarfsartikeln und Betriebsstoffen seit dem 9. November 1918 in unrechtmäßiger Weise und entgegen ihrer ursprünglichen Bestimmung anderweitig verwendet worden sind. 3. Die Reichsregierung aufzufordern, unverzüglich über alle seit dem 9. November 1918 aus Reichsmitteln erfolgten Ausgaben Bericht zu erstatten.

Sollte Eve es wagen und der kleinen schwarzhaarigen Fremden die Wahrheit über ihre eigentliche Herkunft enthüllen? In Gegenwart Heinz' würde sie es nie wagen dürfen. Der würde ihr schon! Der Gedanke an ihn ließ sie zitternd überlegen. Dann fiel sie plötzlich alle Gedanken beiseite, ließ ihre Augen, als müßten sie sich vorerst verschließen, ob auch kein Lauscher in der Nähe sei, über die eintame Heide wandern und sagte: „Überhaupt ist ja Helmut Larjen gar nicht dein Bruder. Unter einem Wachsolderbaum haben sie dich gefunden. Ein Zigeunerkind bist du. . . . So, nun weißt's, du!“ Ein lechter verächtlicher Blick aus kalten, herlos dreinschauenden Augen traf Sabine. Dann ließ sie die von einer erschütternden Bestürzung erfaßte: Wegge- rissen stehen und eilte in großen, hastenden Schritten dem nicht mehr fernen Berghofe zu, ohne sich noch ein einziges Mal nach der schier Versteinerten umzuschauen. . . .

Sekine war noch nicht im dem Alter, das ein selbständiges Urteil zuläßt. Sie empfand nur, daß sie traurig sei, daß sich etwas wie ein dunkler Schatten über ihre Seele breitete, und daß sie Sehnsucht hatte, heimzukommen, um der Mutter zu sagen, was man ihr getan. Ihr anfänglich flackernder, besangener Gang machte in Kürze einen hastenden Platz. Den Rest des Weges legte sie in schnellem Laufe zurück, daß sie hochgerötet, erblüht, schweratmend dahine anlangte, stolpernd über die Schwelle stürzte und mit tränen- gefüllten Augen ins Zimmer trat.

Die Bäuerin, gerade damit beschäftigt, Heinz einen neuen Verband um den kranken Fuß zu legen, schrie leise auf und eilte dem Kinde entgegen.

„Aber, mein Vöckchen, Kind, was hast du denn?“ Und Heinz richtete sich auch erschrocken auf.

„Es ist nicht wahr, gelt, Mutter?“ schrie sie: die Ge- fragte, heraus, sich erschöpft gegen die mit Pinken bemalte Kleidertruhe lehnd.

„Was redest du, ich verstehe dich nicht, Säckchen!“

Und Heinz, etwas ahnend: „Hat dir Eva was getan?“

Sie nickte, atmete unter einem leichten schweren Schlu- gen tief auf und fand ein schmales Lächeln des Verhüht-

Japan.

— Das japanische Schiffsbauprogramm sieht den Stapellauf des Schlachtschiffs „Yamato“ im Juni und den des Panzerschiffes „Atsuta“ im Oktober. Beide Schiffe haben ein Displacement von 40 000 Tonnen und sind mit 40-Zm.-Geschützen armiert. Der Bau anderer Großkampfschiffe werde demnächst beginnen.

Die besetzten Gebiete.

Köln, 5. Febr. Verbot der Ruckenhäutung. Der Regierungspräsident von Köln hat für den ganzen Bezirk die Herstellung und den Verkauf von Ruckentorten und sonstigen Backwaren verboten.

Die Lage im Osten.

W. Berlin, 4. Febr. Die Mejerischer Kreiszeitung veröffentlicht folgenden Telegrammwechsel zwischen Kreisrat und dem Staatssekretär des Auswärtigen: Den Staatssekretär des Auswärtigen Berlin. In dem Kampf steht der Kreis Mejerisch gegen die vordringenden politischen Vandalen. Das Deutschtum in unserm ganz weichen deutschen Kreis wehrt sich verzweifelt gegen die schreckliche Macht der bolschewistischen Gewalt. Auch wir fordern für uns das Selbstbestimmungsrecht. Wir bitten dringend um energische Unterstützung unserer Interessen auf der Friedenskonferenz. Kreis Mejerisch ist deutsch und will deutsch bleiben. Der Kreisrat des Kreises Mejerisch. v. Mejerisch. — Darauf erging an den Kreisrat die Antwort des Reichsregierers mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln auf der Friedenskonferenz darauf hinzuwirken, daß deutsche Gebiete nicht von dem Deutschen Reich getrennt werden.

W. Berlin, 10. Febr. Die Eisenbahndirektion telegraphierte an den Arbeitsminister, daß das General-Kommando nicht in der Lage sei, die unbedingt notwendigen Wachmannschaften zum Schutze der späteren Monatsdienstleistungen für Polen eintreffenden ersten drei Tausend Lebensmitteln zu stellen. Das General-Kommando der Stellung amerikanischer Truppen. Diesem abgelehnt. Der Vertreter der amerikanischen Mission hielt die deutsche Regierung für verpflichtet, ausreichenden Schutz zu sorgen und machte darauf aufmerksam, daß die deutsche Regierung für alle kommenden Monate die amerikanische Wachmannschaften der ganzen Strecke Danzig-Nowo zur Folge hatte. Eisenbahndirektion hat daher die Regierung um 10 000 Mann zuverlässiger Truppen an das hiesige General-Kommando.

Die Schrecknisse des Bolschewismus.

— Ueber die bolschewistische Geldwirtschaft in Rußland schreibt man der Deutschen Korrespondenz: Obwohl jetzt aus Rußland nur sehr spärliche Nachrichten über die wirtschaftliche Lage ins Ausland gelangen, hat doch der Londoner Economist über Stockholm folgende Mitteilungen über die Wirkung der Sozialisierung der Geldwirtschaft des Staates erhalten. Danach sind die Umsätze des vergangenen Jahres 525 wirtschaftliche Millionen von der Sowjet-Regierung verstaatlicht worden. Wenn es sich dabei auch nur um einen Bruchteil der russischen Industrie handelt, hat doch die Verstaatlichung die Tragfähigkeit der anderen Unternehmungen ganz erheblich und langwieriger Art sehr beeinträchtigt. In der ersten Hälfte des Jahres 1917 beliefen sich die Steuern auf 1 1/2 Milliarden Rubel, im Jahre 1918 auf 315 Millionen Rubel. In der selben Zeit des Jahres 1918 sind sie aber auf 91 Millionen Rubel zurückgegangen. Das amtliche Blatt „Trud“ und Volkswirtschaft gibt ausdrücklich zu, daß die Verstaatlichung oder auch nur die Furcht davor die Hauptursache des Verfalles der Privatindustrie und des

Der Geiger vom Birkenhof.

Ein Heideroman von Fritz Ganser.

Nachdruck verboten.

„Weißt du es nicht kanst“, war Eve sofort zu einer Entgegnung bereit, ein heimliches Freuen verspürend, daß sich ihr Gelegenheit bot, der Schulgenossen etwas Unangenehmes sagen zu können. „Herr Siebner meint ja auch immer, daß du davon nichts verstehst. Frage Heinz, der wird es dir geradezu sagen.“

Sabine schweig. Der scharfe Ton, das Hastende, eisernde Sprechen Eves schüchtelte sie ein.

Und die Aeltere begann nach einer Weile, während der sie schneller zugegriffen war, daß die kleinen Füße Sabines kaum zu folgen vermochten: „Überhaupt will ich dir mal sagen, du, daß du von keiner Sache viel verstehst. Mit dem Lesen geht es auch man so. Und das Schreiben? Ah! . . .“

„Schreiben kann ich“, verteidigte sich Sabine nun, zu stiller Empörung erwachend, daß man ihr auch diese Kunstfertigkeit absprechen wollte. Sie dachte an Heinz. Hatte er nicht erst gestern gesagt: „Du schreibst wie gestochen, Vöckchen?“ Als sie dies Lob zu ihrer Rechtfertigung vorbrachte, lachte Eva. „Der redet's auch man so hin. Ver- stehen tut er nichts davon.“

Sabines Herz tat hastigeren Schlag. Eine Blutwelle fuhr über ihr Gesicht. „Mein Bruder versteht alles“, erklärte sie bestimmt. „Der ist viel klüger als du und alle die anderen. Gleich nach Herrn Siebner kommt er mit seiner Klugheit.“

„Doch schon lieber gleich vor ihm, du Alteschwärzerin.“ Sie blieb stehen und warf einen häßlichen Blick nach Sabine zurück. Das Wort vom „Bruder“ hatte den Gedanken an etwas lebendig gemacht, das bisher wie eine fast vergessene Ge- schichte verschwommen und überdunkelt auf dem Grunde ihrer Seele gerast. Nun wurde sie wachgerissen an das helle Licht geschleppt und lag wie ein aufgeschlagener Buch, dessen Schrift, klar und scharf erkennbar, nichts verschleierte.

heins wieder. „Aber sie hat gelogen. Denn nicht wahr, bin doch kein Zigeunerkind und du bist wirklich mein Vöckchen?“

Die Bäuerin verfuhrte sich. Ein flüchtiges Gesicht rann über ihre Züge. Und sie fand nicht sofort eine Entgegnung. Das schnell durch ihren Sinn zuckende zuckte überlegen: Was ist hier zu tun? Redet man die Wahrheit oder beruhigt man das Kind mit der alten, frommen Lüge? ließ Sabine überaus aufpassen. Sie fand die Ruhe in der Mutter Gesicht und empfand etwas wie unbewusstes Ahnen von Geheimnissen, die über ihrem Leben lagen.

Die feinsten, subtilsten Nervenbündel ihrer Auffassungskraft erbeben, zitterten, tasteten und vermaßen, legten an etwas zu stoßen, das unerkannt im Wege lag, das wahrte nur eines Wimperzuckens Länge, war wie jagende Fäden des Lichtstromes durch das All.

„Eve soll sich hüten“, versicherte Heinz im Geheimen die Bäuerin, sich nun durch des Wort zum Besinnen findend, fügte an: „Denn sie hat dir etwas Böses an mein Vöckchen. Es ist nicht so. Du bist natürlich ein liebes Kind.“

Sabine war gläubig überzeugt. Sie fragte nicht mehr Lachend tanzte sie durch das Gemach. Und die Bäuerin atmete auf.

Gleich beim ersten Zusammentreffen mit Heinz Abrechnung mit ihr. „Du, hör mal“, sagte er still beiseite nehmend, „wenn du willst, daß wir zu- ander sein sollen, so laß mir die kleine Sabine in der Hand. Noch einmal redst du so was Dummes zu ihr, und wir sind mit uns beiden aus.“

Eve wollte aufbegehren. „Ist's nicht wahr?“

„Ich sage dir: schweig. Sabine ist meine Schwester und wenn du . . .“

„Ja doch. Ich sag' nichts wieder. Und nun laß sie in Ruhe mit deinem Gerede.“

(Fortsetzung folgt.)

bedeutenden Rückganges der Steuereinnahmen sei. Dieser Steuerausfall ist nun aber nicht etwa durch die Sozialisierten ausgeglichen worden; denn diese erforderte so geringe Summen, daß alle sozialisierten Betriebe mit großen Unterbilanzen arbeiteten. Nach dem Staatshaushalt der Regierung belaufen sich für das Jahr 1918 die Kosten der Verstaatlichung von gewerblichen Unternehmungen auf 2,8 Milliarden Rubel. Diese Aufwendungen sind erforderlich gewesen für die Umwandlung und Umstellung der Betriebe. Die Gewinnseite des Staatshaushalts zeigt dagegen an Gesamteinnahmen aus Staatsbetrieben nur 813 Millionen Rubel. Aus diesen Zahlen erkennt man, mit welchen Verlusten also die staatlichen Betriebe arbeiteten. Das amtliche Blatt Branda berichtet auch über sieben verstaatlichte Fabriken, deren Erzeugnisse sich auf 3,9 Millionen Rubel stellten, während der erzielte Erlös nur 2,9 Millionen betrug. Ein Sozial-Beamter namens Muchanoff berichtet, daß sich im Durchschnitt der Erlös aus den verstaatlichten Unternehmungen nur auf ein Drittel bis die Hälfte der Herstellungskosten beläuft. Dabei spielt allerdings der Zusammenbruch sämtlicher Verkehrsmittel eine große Rolle; Rußland wird dadurch in einzelne Wirtschaftsgebiete ohne jeden Zusammenhang aufgeteilt.

Aus Provinz und Nachbargebieten

Coblenz, 10. Febr. Praktische Kursisten sollen schon in nächster Zeit in allen größeren Städten des Reiches stattfinden. Dieselben sind eingerichtet, vom Zentral-Komitee für das Medizinische Fortbildungswesen in Preußen unter Förderung der Medizinischen Abteilung des preuß. Ministeriums des Innern und unter Mitwirkung der Landesversicherungsanstalten und der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Jeder Kursus soll 12 Stunden umfassen; die Anzahl der Kurse hängt von der Teilnehmerzahl ab. In Coblenz sollen die Kurse an je 3 einander folgenden Wochen Mittwoch und Sonnabend abends von 6—8 Uhr abgehalten werden und zwar beginnend Mittwoch den 12. Februar; die Teilnehmerzahl zu jedem Kursus ist auf 10 beschränkt. Die Teilnahme an den Kursen ist nicht nur frei, sondern die Teilnehmer von auswärts erhalten auch freie Reise 2. Klasse und je 10 Mark Tagegeld pro Vorlesung als Aufwandsentschädigung. Anmeldungen sind zu richten an Herrn Dr. Oskar Salomon, Coblenz, Schloßstraße 51. Soweit Reiseerlaubnis im besetzten Gebiet erforderlich ist, muß sie von dem einzelnen Kursteilnehmer bei den zuständigen Militärbehörden nachgesucht werden, letztere sind gebeten worden, solchen Gesuchen stattzugeben.

Wiesbaden, 9. Febr. Die großen Tabakdiebstähle an Viehbrüder Hollenbach haben jetzt dank der vereinten Anstrengungen der Wiesbadener und Viehbrüder Kriminalpolizei zur Ermittlung und Festnahme der Täter geführt. Es handelt sich dabei um drei Vorfälle aus Wiesbaden, die im November d. J. und im Januar d. J. ganz erhebliche Mengen an Tabak einer hiesigen Fabrik im Gesamtwert von 10000 Mark mittels Einbruchs entwendet hatten. Einen Teil ihres Raubes hatten sie zum Preis von 7000 Mark bei einem hiesigen Tabakhändler abgesetzt, wovon noch 10 Vollen beschlagnahmt werden konnten. Ein anderer Teil der Diebstehende lag dagegen noch. Die Festgenommenen stellen einstweilen in Abrede, den Tabak gestohlen zu haben, sie geben nur den Verkauf zu, behaupten aber, den Tabak von einem Schiffer, den sie nicht näher zu bezeichnen vermögen, erworben zu haben.

Mainz, 6. Febr. Eine weitgehende Fürsorge für einen Teil der Angehörigen und Arbeiter bewies die Zettelfabrik Kupferberg in Mainz. Sie ließ jedem Angehörigen des Hauses, der an der Kampffront gestanden hat, tausend Mark in deutscher Reichsanleihe als ein inneres Zeichen des Dankes der Firma aushändigen. Begleitet wurde die Spende durch eine Urkunde, welche die Tätigkeit jedes einzelnen Angehörigen des Hauses im Felde dankbar anerkennt.

Bad Ems, 5. Febr. Verhaftung dreier Vandalen. Da in dem Gelände zwischen den Gemeinden Ems, Schwalbach und Neuenhain von Unbekannten Plünderungen, Schändungen und Zerstörungen von Geschäften, Häusern und Zäunen, welche die Aufstellung von Geschützen, Kanonen, Artilleriegeschützen und diese Handlung als Diebstahl von dem der französischen Armee gehörenden Material angesehen wird und außerdem die Sicherheit der Befestigungsanlagen gefährden kann, wurde den betreffenden Gemeinden — die Unbekannten konnten bis jetzt noch nicht ermittelt werden. — Geldstrafen von 2000, 700 und 1500 Mark von der französischen Militärverwaltung des Kreises Höchst auferlegt.

Aus Diez und Umgegend.

In der Stadtverordnetenversammlung am Montag wurde zum Schluß die Eingabe der Lehrpersonen der beiden höheren Schulen und der städtischen Beamten in Sachen der Teuerungszulage eingehend besprochen. Die Befürwortung, die Zulage zu genehmigen, wurde einstimmig beschlossen. Die Zulage zu einer Mäßigung über Ziel und Zweck der Eingabe wie auch über die Abwehr der in der Stadt verbreiteten Unruhmenschen, die den Anlaß zu der Eingabe der Lehrpersonen und Beamten gegeben hatte.

Abgaben-Erhebung zum Rindvieh-Entschädigungsfonds.

Gemäß Beschluß des Landesausschusses hat der Herr Landrat zu Wiesbaden für das Rechnungsjahr 1918-19 die Erhebung der Abgabe zum Entschädigungsfonds für Lungen- und Milch- oder rauhbrandtrunkene Tiere von den abgabepflichtigen Tierbesitzern ausgesprochen; die Abgabe beträgt: a. zum Rindvieh-Entschädigungsfonds 36 Pfg. für jedes Pferd, b. zum Rindvieh-Entschädigungsfonds 40 Pfg. für jedes Stück Rindvieh.

Die aufgestellten Verzeichnisse des in der hiesigen Stadt vorhandenen Rindviehs und Pferde von 1. August in der Zeit vom 10. bis 24. Januar 1919 im Rathaus (Oberstadtssekretär) zur Einsicht offen.

Einsprüche gegen die Richtigkeit der Verzeichnisse können während der angegebenen Offenlagefrist geltend gemacht werden.

Bad Ems, den 6. Februar 1919.

Der Magistrat.

Gesehen und genehmigt:
Der Chef der Militärverwaltung des Unterlahnkreises.
H. Graignic, Rittmeister.

Todesanzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, Montag abend 8 Uhr meinen lieben Mann, unsern guten, treusorgenden Vater, Bruder, Schwager und Onkel

Herrn Georg Klein

Portier

nach längerem Leiden, wohlversehen mit den heil. Sterbesakramenten, im 62. Lebensjahre zu sich zu nehmen.

Die trauernden Hinterbliebenen:

Frau Josephine Klein Ww., geb. Freymüller und Kinder.

Bad Ems, Nievern, Hildesheim, den 11. Februar 1919.

Die Beerdigung findet Freitag mittag 2 Uhr vom Trauerhause, Braubacherstrasse 54, aus statt.

Das Seelenamt für den Verstorbenen ist Montag, den 17. Febr., morgens 6³/₄ Uhr.

[762]

Nachruf.

Am 11. ds. Mts. verschied mein langjähriger Portier

Herr Georg Klein.

Seit fünfunddreißig Jahren war der Verstorbene in unserm Hotel „Guttenberg“ tätig und erwarb er sich durch seine Herzensgüte, Gewissenhaftigkeit und seltene Pflichttreue die wohlverdiente Achtung Aller, die ihn kannten.

Sein Hinscheiden ist ein Verlust für uns und werden wir in steter Dankbarkeit dieses braven Mannes gedenken.

Franz Ermisch, Ems.

Danksagung.

Für die uns beim Hinscheiden unseres lieben Kindes erwiesene liebevolle Teilnahme, sowie für die schönen Blumen Spenden sagen wir herzlichsten Dank.

Familie Heinrich Vogt.

Bad Ems, den 12. Februar 1919.

[164]

Evangelischer Männerverein Bad Ems.

Die Beerdigung unseres verstorbenen Mitgliedes, des Herrn Friedrich Engel

findet statt am Donnerstag, den 13. Februar, nachmittags 3 Uhr vom Sterbehause, Coblenzerstr. 12, aus.

Um zahlreiche Beteiligung bittet

Der Vorstand.

[789]

Kleine elektrische Anlage zu verkaufen

passend für Mühle oder sonstige Wasserkraft. Elektricitätswerk Nievern.

[165]

Augustaheim, Bad Ems, Wilhelmsallee 8

(ehemals Haus Karnowsky.)

[1085]

Töchterheim zur wissenschaftlichen Weiterbildung und zur Erlernung der Hauswirtschaft. Näheres durch Prospekt. Marie-Luise Briegleb, Hilda Wirén, Walburg Lohmeyer.

Zentrumspartei

(Ortsgruppe Diez.)

Diejenigen Freunde und Freundinnen unserer Partei, welche sich noch nicht in die Liste unserer Mitglieder haben eintragen lassen, werden hiermit gebeten, dies alsbald nachholen zu wollen.

Beitritts-Erklärungen werden jederzeit von

Ernst Dinslage in Diez, Lorenzstr. 4

Franz Storto in Diez, Wilhelmstr. 28

Johann Eisenbach in Freindiez, Gartenstr. 2

entgegen genommen. [166]

Anfertigung

aller Haararbeiten.

Ausgestämmte Frauenhaare werden zum geschäftlichen Höchstpreise angekauft.

Ph. Wiffing, Diez.

Herrn u. Damen-Friseur-Salon.

[783]

Heiratsgesuch.

Wimmer, 38 Jahre alt, ev., mittlerer Staatsbeamter, eig. Haus mit Garten, Städtchen am Rhein, sucht behufs späterer Heirat mit einem ordentl. Mädchen, nicht unter 28 Jahre am liebsten vom Lande, welches alle Hausarbeit versteht, in Verbindung zu treten. Offerten mit Bild werden unter strengster Verschwiegenheit an die Geschäftsstelle der Ems-Zeitung unt. Nr. 102 erbeten. [695]

Junge Mädchen können das Anbieten von Wäsche und Kleidern erlernen bei Frau Chr. Bad, Bad Ems. [188] Coblenzerstr. 17.

Gut erhaltener Kinderwagen zu kaufen gesucht. [700] Badstr. 1, Ems.

Gewandte Colporteurs

gesucht (Stadt u. Land) für neuen, hoch. Gewinn bring. Artikel (Schreib- und Schreibzeug). Kaufverlag G. Rittner, Pforzheim. [775]

Projektierung und Ausführung elektr. Licht- u. Kraftanlagen.

Anschluss an Ueberlandzentralen u. Elektrizitätswerken.

Eigene Anlagen.

Signal- u. Telefonanlagen

jeder Größe und jeden Systems.

Karl Hagelauer, Elektr.

Bad Ems, Bleichstr. 17.

[913]

Cigarren

billig abzugeben.

Chr. Hassenkamp Ww., Diez, Coblenzerstr. 2

(für Wiederverkäufer)